

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

SPD/III/23

Hannover, 23. Februar 1948

Das Uralt-Neueste: der Ständestaat

R.E. Der Ruf nach ständischer Vertretungen, die den Landtagen zumindest nebeneinander werden sollen, wird immer lauter und häufiger erhoben und mit der angeblich unerträglichen Monopolstellung der Parteien begründet. Diese Bestrebungen laufen jedoch zuletzt nur auf eine Minderung der Rechte der Arbeiterschaft, der Lohn- und Gehaltsempfänger und auf die Eroberung bzw. Sicherung von politischen Machtpositionen der Besitzer von Produktionsmitteln hinaus - Portugal ist ein Beispiel dafür.

Man will das Parlament "gegen die Einflüsse der wandelbaren Massen widerstandsfähiger machen", heißt es, und schlägt deshalb Vertreter von Interessengruppen vor, "die von der Gunst des Augenblicks weniger abhängig seien". Bei der Argumentation, die Stände seien aufeinander angewiesen und würden demzufolge eine sachlichere Arbeit als die Parteien leisten, vergißt man allerdings hinzuzufügen, daß dies die wirtschaftlich Stärkeren bisher nicht abgehalten hat, von ihrer Überlegenheit rigorosen Gebrauch zu machen. Man denke nur an den Kampf der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden, an die Angestellten- und Bauernvertretungen oder an die "Regionalstände" der Gemeinden und der Städte. Hiermals setzte man gemischte Kammern nach der Anzahl der vertretenen Menschen zusammen, weil dann z.B. die Gewerkschaften das absolute Übergewicht hätten.

Der Ständestaat w. ist in die Vergangenheit. So überrascht es nicht, daß vor allem die Kirchen die ständestaatliche Ideologie verfechten. Es soll hier nicht vergessen werden, daß die Stände von frühen Mittelalter bis zum Beginn des Absolutismus in der Kontrolle des Finanzgebarens ihrer Herrscher eine eindrucksvolle politische Aufgabe erfüllten. An die Stelle des Herrschers als des Souveräns ist aber das Volk selbst getreten. In modernen Demokratien bedürfen die Regierungen einer Kontrolle durch wirtschaftliche, kulturelle oder regionale Interessengruppen nicht. Hier wirkt das Kräftespiel der Parteien regulierend und korrigierend genug. England schaltet seine letzte ständische Vertretung, das Oberhaus, mehr und mehr aus. In Amerika hat man die Stände nie gekannt.

Für die SPD bleibt die Einheit Deutschlands der beherrschende Gesichtspunkt. Den Volks- oder Reichstag will sie durchaus eine zweite

Kammer, eine Bundesvertretung begeben, deren Mitglieder etwa von den Landtagen zu wählen wären. Andere, insbesondere ständische Organe, lehnen die Sozialdemokraten ab. Darüber hinaus ist es die Überzeugung der SPD, daß die augenblicklichen Ländergrenzen nicht endgültig sein werden. Eine politische Funktion ständischer Vertretungen, deren Zahl viel größer wäre als die der wenigen tragenden Parteien innerhalb dieser Länder würden politischen Autarkiebestrebungen Vorschub leisten, geständere Grenzziehungen behindern und einen übersteigerten Föderalismus zeitigen. Die Zersplitterung unseres politischen und staatlichen Lebens, die sich ohnehin in jeder Minute unseres Alltages abträglich auswirkt, würde vermehrt, die notwendige Einheitlichkeit weiter gefährdet werden.

Man versucht auch, den Eindruck zu erwecken, als gäbe es noch eine natürliche Gliederung der Stände in Deutschland und übersieht dabei, wie sehr der Krieg alles durcheinander gewirbelt hat. Nur ein geringer Teil unseres Volkes arbeitet produktiv in seinem erlernten Beruf. Es gibt wichtigere Forderungen als die, zu allen bestehenden Aufspaltungen unseres politischen Daseins eine neue zu schaffen. Die eigentliche drängende Aufgabe unserer Zeit besteht darin, einen Ausgleich zwischen den Habenichtsen und den Besitzenden herbeizuführen. Alles andere ist nur ein Versuch, dieser Entscheidung aus dem Wege zu gehen oder sie hinauszuzögern. Die ständische Kammer wird als eine Art vernünftiger Bremse gegen übereilte Entwicklungen dargestellt und doch ist sie nichts anderes als ein neuer Riegel vor der befreienden Tat, eine Erschwerung der Bemühungen, der Volkswillen durchzusetzen, eine Verminderung des Einflusses der Arbeiterschaft und der Flüchtlinge.

Parteien wie Stände bestehen aus Menschen. Niemand wird ernsthaft glauben, daß sich diese Menschen bei einer politischen Betätigung in den Ständen plötzlich ändern. Wie wenig die Stände etwa der Beamten und Bauern, der Arbeiter und Industriellen, der Kaufleute und Professoren heute zusammenwirken, kann jeder selbst beobachten. Die menschliche Unzulänglichkeit wird dadurch nicht behoben oder vermindert, daß man immer neue Organisationsformen erfindet, innerhalb deren sie sich auswirken kann.

Die Märzkämpfe in Berlin

Von Max Peters

In Berlin, das wie Wien ca. 400 000 Einwohner zählte, kam es 1847 zu Hungerrevolten. Am 28. Februar 1848 gelangte die Nachricht nach Berlin, daß der Bürgerkönig Louis Philipp nach einem siegreichen Aufstand der Pariser Bevölkerung am 24. Februar vertrieben worden sei. Der Bevölkerung Berlins bemächtigte sich eine starke Aufregung. Am 13. März tagte in den "Selten" die größte von 20 000 Arbeitern besuchte Versammlung. Um sieben Uhr abends begann die Menge langsam in die Stadt zurückzukehren. Als sie an die Stechbahn, in der Nähe des Schlosses, gekommen war, brach ohne vorherige Warnung von allen Seiten Militär hervor. Dragoner gallopierten in die Menge und schlugen mit scharfer

Klinge um sich. Der Überfall forderte zahlreiche Opfer und rief eine starke Empörung hervor. Am 14., 15. und 16. März wiederholten sich diese Attacken auf unbewaffnete Volksmassen. Am Nachmittag des 15. März traf aus Wien die Nachricht ein, daß zwei Tage zuvor das Volk nach kurzem Kampfe die österreichische Hauptstadt erobert habe und Metternich, das Haupt der europäischen Reaktion, geflohen sei. Die Nachricht wirkte auf die Berliner anspornend. Am 17. März fand in "Kemperhof" in der Köpenicker Straße eine Versammlung statt, in der in einer sehr energischen Sprache zu den alten Forderungen noch verlangt wurde: Rücktritt der Minister, Zurückziehung der Truppen und "Berücksichtigung der arbeitenden Klassen". Die Beschlüsse wurden dem König in einer Adresse übermittelt. Der Tag verlief ruhig. Am nächsten Tage, am 18. März, erließ der König zwei Proklamationen. Die eine betraf den vereinigten Landtag, der zum 27. April geplant war, schon zum 2. April; die andere war ein Pressegesetz, das die Zensur aufhob. Gegen 2.30 Uhr wurde auf dem Balkon eines dem Schlosse gegenüber stehenden Hauses eine Fahne mit den preussischen Farben (schwarz-weiß) befestigt. Das Volk verlangte das Hinziehen der Fahne und das Hissen einer schwarz-rot-goldenen Fahne, des Wahrzeichens der Demokraten. Die schwarz-weiße Fahne wurde zwar eingezogen, aber gleichzeitig ging Militär gegen die Menge vor. Als zwei Schüsse auf die Menge abgegeben wurden, stoben die Demonstranten mit den Rufen: "Verrat! Zu den Waffen! Auf die Barrikaden!" auseinander. In Nu wuchsen in der Stadt Barrikaden aus dem Pflaster. Nach etwa einer Stunde rückten unter dem Befehl des Generals von Prillwitz 12 000 Mann mit 36 Geschützen heran. Die Verteidiger der Barrikaden waren nur primitiv ausgerüstet: Jagdgewehre aus Privatbesitz und aus Waffenläden, dazu eine Anzahl von Infanteriegewehren, die Patrouillen und Wachposten abgenommen waren. Die Dächer wurden abgedeckt, die Ziegelsteine als Wurfgeschosse verwendet. Trotz mangelhafter Ausrüstung schlugen sich die Barrikadenkämpfer heldenhaft. Das rief bei den Soldaten und Offizieren Erbitterung hervor, die sie zu Brutalitäten hinriß. Viele Gefangene wurden auf dem Transport ermordet und sogar Unbeteiligte, Männer, Frauen und Kinder, von der aufgestachelten Soldateska umgebracht. Gegen fünf Uhr morgens, nach vierzehnstündigem Kampfe, war nur ein kleiner Teil der Stadt, etwa 10 Minuten Umkreis ums Schloß, in den Händen der Truppen. Diese waren völlig erschöpft, so daß das Militär den Kampf abbrach.

Im Schloß aber hatte man alles zur Flucht aus Berlin vorbereitet. Der König hatte noch nachts die berühmt gewordene Proklamation "An meine lieben Berliner" erlassen, in der "eine Rotte von Bösewichtern" für all das Blutvergießen verantwortlich gemacht wurde. Die Berliner klebten die Proklamation über die Kanonenkugeln, die in die Wände der Gebäude eingedrungen waren.

Während der Waffenruhe bemühte sich eine Anzahl von Bürgern, den König zur Zurückziehung der Truppen zu bewegen. Gegen 10 Uhr sah der König nach. Die Truppen räumten am 19. März, einen Sonntag, die unbesiegte Stadt. Die Gefangenen, 700 an der Zahl, wurden freigelassen, Pressefreiheit und Volksvertretung wurden versprochen. Ein neues Ministerium wurde eingesetzt. Preußen geht jetzt in Deutschland auf, hieß es in der Proklamation des Königs. Am Sonntag nachmittag wurde der König von Volk

veranlaßt, vor den im Schloßhof aufgebahrten Leichen der Freiheitskämpfer den Hut zu ziehen. Am 22. März wurden die gefallenen Helden auf dem Friedhof im Friedrichshain zur letzten Ruhe bestattet. Es waren 183 Tote, durchweg Arbeiter. Und seitdem defilierten an jedem 18. März und dem folgenden Sonntag vom frühen Morgen bis zum sinkenden Tag die Arbeiter Berlins entblößten Hauptes vor den mit Blumen und Kränzen geschmückten Gräbern der März-kämpfer.

Prager Hintergründe

-dt Betrachtet man die Entwicklung in den übrigen Staaten des Ostblocks, dann drängt sich unwillkürlich die Frage auf, warum Gottwald erst heute daran geht, die Tschechen mit der Volksdemokratie zu beglücken. Denn die Machtpositionen für die Gleichschaltung hatte er sich bereits gesichert, als er 1946 Ministerpräsident wurde. Er besetzte das Innenministerium und damit den Befehlsturm der Polizeitruppen mit einem Kommunisten und stellte im Kriegsminister Swoboda, dem ehemaligen Befehlshaber der tschechischen Legion innerhalb der Roten Armee, einen Mann an die Spitze des tschechoslowakischen Heeres, dessen Gefolgstreue auch bei solchen politischen Aktionen außer Frage stand.

Es gibt einige Gründe, die Gottwalds Zögern erklären. Der stärkste Faktor, der zu überwinden war, ist unzweifelhaft die Mentalität des tschechischen Volkes. Die Tschechen haben eine gediegene demokratische Vorgangshaltung, die mit keiner der anderen Ostvölker vergleichbar ist. Technisch und zivilisatorisch allen anderen slawischen Völkern überlegen, standen die Tschechen in erster Reihe unter den Kämpfern für eine Demokratisierung und später Zertrümmerung der Habsburger Monarchie. Die Erste Republik war auf einer gesunden Grundlage westlich-demokratischer Prinzipien aufgebaut; an den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie hielten die Tschechen noch fest, als die Sudetenkrise mit ihrem Kulminationspunkt im Herbst 1938 den Staat in Gefahr brachte.

Blediglich das damals stark umkämpfte "Gesetz zum Schutz der Republik" wagte sich auch an die Grenze der Konfliktsmöglichkeiten zwischen den Rechten des Bürgers und den Bedürfnissen des Staates. Sieben Jahre deutscher Besatzung mit allen Drohungen totalitären Charakters vermochten das gesunde demokratische Empfinden des tschechischen Volkes nicht zu erschüttern. Erst das Ende des letzten Krieges mit den unmenschlichen, in erster Linie von den Kommunisten durchgeführten, aber immerhin von allen anderen Parteien sanktionierten Maßnahmen gegen die Sudetendeutschen brachte einen Bruch in diese Moral des tschechischen Volkes. So wie Hitler bestrebt war, möglichst viele Deutsche an den Grausamkeiten gegen die besetzten Völker und die Juden teilnehmen zu lassen, um das Volk auf Gedeih und Verderb mit ihm zu verbinden, so sahen die Kommunisten in der Aktion gegen die Sudetendeutschen eine Gelegenheit, unter Ausnutzung des tschechischen Rachebedürfnisses einen allgemeinen Einbruch in die demokratische Moral zu erreichen und daraus politisches Kapital zu schöpfen. Diese Absicht ist den Kommunisten

leider gelungen. Als einsichtige Tschechen die daraus entstandene geistige und moralische Verwirrung erkannten, war es zu spät.

Nur so ist es zu verstehen, daß die Kommunisten bei den Wahlen 1946 mit dem durchsichtigen Trick einer Durchmarschdurchung russischer Truppen 38 Prozent aller Stimmen erhielten, ein Resultat, das zum politischen Denken des tschechischen Volkes völlig im Widerspruch stand. Dieser Erfolg mag Gottwald bewogen haben, auf der bisherigen Linie zu verharren und die Gleichschaltung unter Vermeidung ausgesprochen terroristischer Methoden gewissermaßen evolutionär durchzuführen. Hier aber begann der psychologische Fehlschlußökonomische Unzulänglichkeiten unter kommunistischer Führung trugen ein übriges dazu bei, den Tschechen die Zeiten ins Gedächtnis zurückzurufen, da sie wirtschaftlich und politisch nach dem Westen orientiert waren. Gottwalds Absichten für die Wahlen im Mai dieses Jahres schwinden, wenn er nicht vorher die Opposition lahmlegt und die Wählerschaft einschüchtert. Er sieht also seine Chance im sofortigen Zuschlagen, bevor ein Mißerfolg bei den Wahlen ihn der Möglichkeiten beraubt, die er heute noch in der Hand hält.

Im Erfinden von Vorwänden zum Losschlagen ist Gottwald nicht origineller als Dimitroff. Der Tscheche ist kein Revolutionär, er war es nicht unter Heydrich und wagt es noch weniger unter Gottwald. Alle Konspirationen gegen eine Fremdherrschaft im böhmischen Raum wurden von Auslands-Tschechen organisiert, das war so zu Zeiten Habsburgs, und das es im letzten Kriege nicht anders war, weiß Gottwald aus eigener Erfahrung. Sicher aber ist, daß die Nähe der rettenden Grenze so manchen Gegner des Gottwald-Kurses bewogen hat, länger auf seinem Posten auszuhalten als seine Leidensgenossen in jenen Oststaaten, die nur von kommunistischen Nachbarn umgeben sind.

Paris als Hauptstadt Deutschlands

Auf einer Versammlung des RDC, der Bewegung de Gaulles, in Paris, trat Gaston Palewski, einer der engsten Mitarbeiter de Gaulles, für die sofortige Schaffung einer Europäischen Union ein, deren Hauptstadt Paris werden sollte. Deutschland, so sagte er nach einem Bericht der "New York Herald Tribune", sollte durch die Beteiligung Sachsens, Württembergs, des Rheinlandes und seiner übrigen Länder ein Mitglied dieser Europäischen Union werden, aber die deutsche Hauptstadt würde Paris sein, nicht Berlin und nicht Frankfurt. Gaston Palewski unterbreitete diesen Plan als ein Projekt, das die Zustimmung General de Gaulles hätte. Er nannte ihn eine Alternative sowohl zu den britischen wie französischen Vorschlägen für die europäische Einheit. Der englische Plan für eine Westliche Union sei undurchführbar, sagte er, weil er auf eine starke, zentralisierte deutsche Regierung als Teil dieser Union rechne. Der französische Plan für eine europäische Zollunion sei aber ebenfalls undurchführbar, weil er sich auf die Zusammenarbeit mit den Engländern stütze, das deutsche Problem aber ungelöst lasse.

(B. 65/232/hs)

Verschundene Sowjetrepubliken.

sp. In der Sowjetunion verschwinden heute nicht nur einzelne Personen, es verschwinden auch ganze Länder. So findet man in der Staatsverfassung der USSR von 1937 die Namen der Wolga-Deutschen-Republik, die Republik der Krimtartaren und die Tschetschen-Inguschen-Republik im Kaukasus. Vergebens aber wird man diese Republiken auf den neuen geographischen Karten der Sowjetunion suchen.

Die Wolga-Deutsche Republik "verschwand" 1942, die Krimtartaren und die Tschetscheno-Inguschen verloren ihre Staatsrechte nach dem Kriege. Es handelt sich also nicht etwa nur um einen geographisch-politischen Schwund. Diese Republiken verschwanden zugleich mit ihrer Bevölkerung. Welch namenloses Elend dabei über die Unglücklichen hereinbricht und wie dieses schweigsame "Verschwinden" vor sich geht, erzählt die New Yorker Zeitschrift "Sozialistischer Bote", welche die Einzelheiten der "Umsiedlung" der Tschetschen-Inguschen Republik einem Augenzeugenbericht entnimmt:

"...Die Gesamtzahl der Inguschen und Tschetschenen betrug in der Republik etwa 500.000, darunter etwa 400.000 Tschetschenen. Sie bewohnten fast ausschliesslich Bergdörfer, Aulen genannt. Die Einführung der Kolchosen stiess bei der Bevölkerung der Republik immer wieder auf Widerstand. Die Tschetschenen standen von jeher dem Bolschewismus feindselig gegenüber. In den Bergen bildeten sich vielfach Gruppen anarchischer, die von der einheimischen Bevölkerung unterstützt wurden. Nach dem "Abschaffen" der Tschetschen-Inguschen-Republik schrieb die "Prawda", dass in diesem "kleinen Kriege" im Laufe der Jahre mehr als 20.000 Kommunisten und Boßäten der Roten Armee den Tod fanden. Im Kriege gegen Deutschland zog man zunächst die Tschetschenen zur Roten Armee ein; da sie sich aber als unzuverlässig zeigten, wurden sie später nur noch zum Dienst in Arbeitsbataillonen herangezogen.

Ende 1943 tauchten die ersten Gerüchte über eine beabsichtigte Aussiedlung der Tschetschenen und Inguschen auf. Vom Januar 1944 ab kamen nach und nach immer grössere Mengen von GPU-Truppen in die Tschetschener Republik. Die Truppen zogen tief ins Gebirge und allmählich entstanden in allen Aulen kleine Stützpunkte. Am Abend des "Tages der Roten Armee", am 23.2.1944, zündeten die GPU Soldaten Scheiterhaufen an. Dazu wurde getanzt und gesungen. Als der grösste Teil der Bevölkerung sich arglos als Festteilnehmer auf den Festplätzen versammelten, sperrte man plötzlich alle Ausgänge und hielt alle Männer fest. Die festgenommenen Männer sperrte man ein. Die ganze Operation dauerte meist nicht länger als zwei bis drei Stunden. Die Frauen wurden nicht festgenommen, sie mussten aber ihr Gepäck packen und sich bis zum nächsten Morgen zum Abtransport bereithalten.

Am 24.2. um 6 Uhr früh wurden aus der Hauptstadt Grosny Gruppen von 20 bis 30 Studentinnen und Frauen in die Dörfer transportiert. Bei Grosny standen die ersten Eisenbahnzüge bereit, und der letzte Akt der Umsiedlung, das Verladen der Ausgewiesenen und der Abtransport in unbekannte Richtung ging schnell vor sich. Tagelang sah man von Grosny aus die Brauddäulen in den Bergen. Die Bewohner wurden nach Mittelasien abtransportiert, wo sie sich eine neue Heimat aufbauen mussten.

Verantwortlich: Peter Zaurau